

## Wird in Tampere das hässliche Bild von der Festung Europa zu sehen sein?

Menschenrechtler beim EU-Gipfeltreffen / Von Michael Stabenow

TAMPERE, 15. Oktober. Europas Politiker haben einen Sinn für Symbolik. In so nördlichen Gefilden haben sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) nie zuvor versammelt. Tampere, der Schauplatz des Sondertreffens, liegt ein Stück nördlich des 61. Breitengrades. Hier, inmitten einer Seenplatte, befindet sich die Wiege der finnischen Industrie. Einst rauchende Fabrikschlote und liebevoll restaurierte Backsteinbauten zeugen von einer glanzvollen Vergangenheit der Maschinenbauer, Baumwollspinner und Bandweber dieser Region. Wenige Kilometer außerhalb der knapp 200 000 Einwohner zählenden drittgrößten finnischen Stadt steht heute die Zentrale des Telekommunikationskonzerns Nokia, dessen Namen inzwischen weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt ist. An der optischen Nahtstelle zwischen dem 19. und 21. Jahrhundert erscheint das Motto, unter das die finnische Regierung ihre Ratspräsidentschaft gestellt hat, durchaus angebracht: „Europa auf dem Weg in das neue Jahrtausend.“

### Es soll um die Sorgen der Bürger gehen

In Tampere bilden die hiermit aufgeworfenen Fragen nach Zukunft und Rolle Europas in einem durch schärferen internationalen Wettbewerb und Verteilungskämpfe geprägten Kontext eher die Hintergrundkulisse. Es soll, auch das ist eine Neuigkeit in der Geschichte europäischer Gipfeltreffen, primär um die Sorgen der Bürger gehen. Der finnische Ministerpräsident Lipponen und seine Gäste aus den EU-Ländern wollen bis Samstagmittag auf dem museal anmutenden Fabrikgelände über geeignete Wege grübeln, das im Amsterdamer Vertrag gegebene Versprechen zur Schaffung eines „Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ möglichst rasch zu erfüllen. Nur wenig dringt zunächst aus dem Sitzungssaal heraus – allenfalls vorgefertigte Stellungnahmen, die Delegationsmitglieder mundgerecht für die Öffentlichkeit verbreiten. Das Treffen hat informellen Charakter, Entscheidungen müssen nicht fallen. Das soll mehr Raum für die Teilnehmer schaffen, sich abseits der eingelaufenen Pfade zu bewegen, und das Asylrecht sowie die polizeiliche Zusammenarbeit einmal stärker aus einer europäischen als einer einzelstaatlichen Perspektive zu betrachten, zurnal die auf die klassischen und auf ihre Zuständigkeiten erpichten Bedenkenträger, die Innen- und Justizminister, an diesem Freitag fernab von Tampere weilen.

Dafür sind zahlreiche Mitarbeiter von Flüchtlingshilfe- und Menschenrechtsorganisationen in die finnische Stadt gekommen. Etwa dreihundert Personen drängen sich am Freitagmorgen in einem nur einen Steinwurf von der EU-Gipfelbühne entfernten Tampella-Theater zu einem so genannten Parallel-Gipfel: Veranstaltet wird er vom Europäischen Rat für Flüchtlinge und Vertriebene (Ecre), einer Dachorganisation von rund siebzig europäischen Organisationen. Anders als bei den Staatschefs herrscht hier eine Stimmung, die zwischen Hoffen und Bangen schwankt. Die Hoffnung lautet, dass die Regierungen es ernst mit ihrer Ankündigung meinen, die in der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 festgeschriebenen Schutzvorschriften zu achten. Gebangt wird, dass es bei Lippenbekenntnissen bleiben könnte. Der britische Ecre-Vorsitzende Nick Hardwick spricht aus, was viele in diesem Saal denken: Werden die Regierungen nicht alles dran setzen, Europas Außengrenzen lückenlos abzudichten und so Vertriebene und andere notleidenden Menschen hilflos ihrem Schicksal überlassen?

Da taucht es wieder auf, das hässliche Bild von der Festung Europa, an dem weder den Regierungen noch ihren Kritikern gelegen sein kann. Es mag ein Zufall des Kalenders sein, dass sich an diesem Freitag ausgerechnet eine Organisation eindrucksvoll mit Zwischentönen zu Wort meldet, die wenig später in allen Ländern der Welt in den Schlagzeilen sein wird: die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“. An einem kleinen Informationsstand im Tampella-Theater liegt eine kurze Mitteilung mit einer entscheidenden Frage aus: „Wie steht es um das Recht zu Hau-

Die Staats- und Regierungschefs, und das ist gegenüber der bisher traditionell eher defensiv ausgerichteten Asyl- und Wanderungspolitik eine Änderung, gehen bei ihren Beratungen schon ein Stück in die Richtung der nicht nur von „Ärzte ohne Grenzen“ verfochtenen Linie. Auch Lipponen, Bundeskanzler Schröder und die anderen Regierungschefs stellen die Bedeutung einer Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Lage in den Mittelpunkt – ohne allerdings im Einzelnen zu klären, wie diese Politik verwirklicht werden und – vor allem – wer sie bezahlen soll. Parisel zählt ein paar Punkte auf, bei denen man ansetzen solle, wenn man es mit der Verringerung des Migrationsdrucks ernst meine: eine bessere medizinische Versorgung, der Kampf gegen Antipersonenminen und nicht zuletzt gegen kleine Waffen, dem Grundübel bei den Konflikten in Somalia, Kongo, Sierra Leone und anderswo in Entwicklungsländern. Parisel macht keinen Hehl aus seiner Einschätzung, dass sich die EU mit ihren so genannten regionalen Aktionsplänen zum Teil auf dem Holzwege befinde. Wer, wie in Somalia, Häuptlinge von Clans fördern wolle, werde letztlich nur jene Zwietracht säen, die Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat zwingt.

Bei aller Befürchtung, dass das Gipfeltreffen in Tampere vor allem das repressive Antlitz Europas zeigen werde, sind bei der Alternativ-Veranstaltung durchaus nuancierte Töne zu hören. Raymond Hall, der Brüsseler Regionalvertreter des Hohen Flüchtlingsbeauftragten der Vereinten Nationen (UNHCR), befürchtet zwar, dass die Bestrebungen der Regierungen zu einer Angleichung von Asylrecht und -verfahren letztlich zu einer Einbrebnung der Standards auf niedrigem Niveau führen könnten. Für Abhilfe könne jedoch, so hofft nicht nur Hall, die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der Innen- und Rechtspolitik der Gemeinschaft sorgen. Dann werde der Anreiz wachsen, sich an höheren Standards zu orientieren. Erfreulich sei auch, dass die EU-Partner endlich eine in sich schlüssige Asylpraxis anstreben und auch für Flüchtlingskategorien einheitliche Schutzbestimmungen plant, die nicht unter die Genfer Konvention fielen: Opfer nichtstaatlicher Verfolgung oder von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, aber auch Bestimmungen für den vorübergehenden Aufenthalt von vertriebenen Bevölkerungsgruppen.

### Auch Flüchtlinge kommen zu Wort

Auch der einen oder andere Flüchtling kommt im Tampella-Theater zu Wort. Seit 1984 lebt Minoo Jalali, eine iranische Anwältin in Großbritannien. Sie habe nach wie vor nicht die Einbürgerung geschafft, auch wenn sie sich jedes Mal beim Grenzübergang durch die Polizeibehörden wie eine Kriminelle behandelt fühle, erzählt sie. Auch sie spricht sich für eine Straffung der Asylverfahren aus. Das diene gleichermaßen Regierungen wie Bewerbern, die lange Zeit über ihr Schicksal im Ungewissen seien. Und sei es nicht auch eine wirksame Methode, jene Flüchtlinge, die vor allem wirtschaftliche Motive nach Europa trieben, abzuschrecken?

Edmond Nushi und Fato Kavaja, zwei Kosovo-Flüchtlinge, die 1998 nach Finnland gekommen sind, haben zu Beginn der Ecre-Veranstaltung der finnischen Außenministerin Halonen einen Aufruf der Flüchtlingshilfsorganisation überreicht. Darin werden die Staats- und Regierungschefs aufgefordert, die „einmalige Gelegenheit“ des Gipfeltreffens zu nutzen und sich „vom restriktiven und sicherheitsorientierten Ansatz“ ihrer Politik zu lösen. Auch das hat, wie so vieles an diesem Tag in Tampere, Symbolcharakter. Kavaja, ein 28 Jahre alter Händler aus Mitrovica im nördlichen, serbisch geprägten Kosovo, lebt seit einem Jahr mit Frau, Kind und seinem 14 Jahre alten Bruder in Finnland. Der Vater wurde im April von Serben umgebracht. Kavaja will bis auf weiteres im hohen Norden Europa bleiben. „Wenn ich jetzt nach Mitrovica zurückkehre, würde ich umgebracht“. Als der junge Mann das sagt, ist die finnische Außenministerin längst mit großen Schritten ins nahegelegte